

Die Bundestagswahl 1983: Eine Normal-Vote-Analyse

Jürgen W. Falter/Hans Rattinger

1. Einleitende Bemerkungen

Die Normalwahl-Analyse ist ein in den USA entwickeltes Instrument, mit dessen Hilfe Wahlergebnisse in einen auf Langfristfaktoren und einen auf Kurzeffekte zurückzuführenden Teil zerlegt werden (Converse 1966). Langzeitfaktoren sind Parteibindungen beständiger Natur wie etwa affektive Parteiidentifikationen oder sozialstrukturell abgeleitete Parteiloyalitäten. Kurzzeitfaktoren sind je nach Wahl unterschiedliche Kandidatenimages oder bestimmte politische Streitfragen, durch welche die Wähler in ihrer Stimmabgabe beeinflußt werden. Bei Abwesenheit solcher kurzfristig wirksamer Einflüsse, oder wenn sie sich in ihrem Effekt gegenseitig aufheben, liegt Normalwahl vor.

Aufgrund von Parteibindungen erwartete ("normale") Stimmenverteilungen können nicht nur für gesamte Stichproben errechnet werden, sondern auch für nach Merkmalen von theoretischem oder politischem Interesse (z.B. Einstellungen oder Gruppenzugehörigkeiten) definierte Aufteilungen von Stichproben. Wenn zwischen den Kategorien eines solchen Merkmals Unterschiede im beobachteten Wahlverhalten auftreten, dann können sie in eine Langfrist- und eine Kurzfristkomponente zerlegt werden. Die erstere Komponente besteht darin, daß in den Kategorien der Variablen unterschiedliches Wahlverhalten erwartet wird, weil sich die Anhänger verschiedener Parteien in ihren diesbezüglichen Einstellungen unterscheiden. Die Kurzfristkomponente besteht in dem Ausmaß der Abweichung des tatsächlich beobachteten Wahlverhaltens in den einzelnen Kategorien von dem aufgrund der Verteilungen der Parteiidentifikation erwarteten Wahlverhalten. Inhaltlich sind diese Abweichungen als der Effekt des jeweiligen Merkmals auf das Wahlverhalten bei Kontrolle der Parteiidentifikation zu interpretieren.

Beide Effekte sind in den aus der amerikanischen Literatur bekannten Normalwahlgrafiken (vgl. Abb. 1) mit bloßem Auge erkennbar. Zu ihrer quantitativen Bestimmung hat Boyd (1972) die beiden Effektkoeffizienten L und S eingeführt, die auch hier (in der Modifikation von Falter und Rattinger (1983)) Verwendung finden. Der Langzeitfaktor L gibt die mittlere absolute Abweichung der in den einzelnen Kategorien aufgrund der Parteiidentifikation erwarteten Stimmanteile von der für die gesamte Bevölkerung erwarteten Stimmabgabe für eine bestimmte Partei an. L mißt also den Informationsgewinn hinsichtlich des Wahlverhaltens, den wir durch Kenntnis der Parteibindungen in den Kategorien eines Merkmals erzielen. S drückt die mittlere absolute Abweichung zwischen erwartetem und beobachtetem Stimmenanteil in den Kategorien des betreffenden Merkmals aus. Je größer S, desto stärker ist der Kurzeffekt eines Merkmals auf das Wahlverhalten.

Die Übertragung dieses Analyseinstruments auf das deutsche Parteiensystem wurde von den Autoren zuerst für die Bundestagswahl 1980 durchgeführt (Falter und Rattinger 1983). Angesichts der gebotenen Kürze muß der an Details des Verfahrens und seiner Anpassung für die Bundesrepublik interessierte Leser auf unsere früheren Arbeiten verwiesen werden. In diesem Beitrag konzentrieren wir uns

auf die inhaltlichen Ergebnisse der Normalwahl-Analyse der Bundestagswahl 1983. Nach einer Globalanalyse des Wahlergebnisses im Lichte der von uns errechneten Normalwahl werden wir auf den Einfluß allgemeiner Einstellungen zum politischen System, auf den Kandidateneffekt, die Auswirkungen der Umstände der Koalitionsbildung sowie ökonomischer und anderer Sachthemen auf das Wahlverhalten eingehen. Abschließend werden wir einen Blick auf die kombinierten Effekte von Kanzlerpräferenzen und Kompetenzzuweisungen werfen.

2. Die Bundestagswahl 1983 - Normalwahl oder kritische Wahl?

In Tabelle 1 sind neben den Ergebnissen der Wahlen von 1980 und 1983 Normalwahlergebnisse für 1980 und für Umfragen vom Dezember 1982 und Februar 1983 aufgeführt. Diese Erwartungswerte stellen echte Prognosen für von Kurzzeiteinflüssen völlig freie Wahlergebnisse dar, weil sie allein auf den Zusammenhängen zwischen Parteibindungen und Wahlabsichten, wie sie in den Bundestagswahlen von 1969 bis 1980 sichtbar geworden waren, und auf den Verteilungen der Parteibindungen im Dezember 1982 und Februar 1983 beruhen. Die Abweichungen zwischen den beiden Normalwahlschätzungen liegen im Rahmen üblicher Stichprobenfehler, so daß wir von Zufallsschwankungen ausgehen.

Tabelle 1: Normalwahl und Wahlergebnisse 1980 und 1983

	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
a) Korrigierte Normalwahl 1980	44,0	46,2	7,8	1,9
b) Für fehlerhafte Messung der Parteidentifikation korrigierte Normalwahl 1980	47,2	43,3	7,7	1,9
c) Zweitstimmen 1980	44,0	43,5	10,6	1,9
d) Korrigierte Normalwahl 12/82	48,9	40,0	8,7	2,4
e) Korrigierte Normalwahl 2/83	46,5	41,8	9,2	2,4
f) Zweitstimmen 1983	48,8	38,2	7,0	6,0

Quellen: 1980: Falter und Rattinger (1983)
12/1982: Umfrage des Arnold-Bergstraesser-Instituts Freiburg
2/1983: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer

Ein Vergleich der Normalwahlwerte mit dem Wahlergebnis 1983 zeigt nur geringe Abweichungen. Die CDU/CSU erreichte 1983 mindestens ihr Normalergebnis, wenn sie es nicht sogar übertraf. Die SPD blieb 1983 ziemlich klar unter ihrem erwarteten Ergebnis. Die FDP, die 1980 durch den Zustrom von CDU-Anhängern, die mit dem Spitzenkandidaten ihrer Partei nicht einverstanden waren, erheblich über den Erwartungswert hinaus Stimmen gewinnen konnte, verfehlte 1983 ebenso deutlich ihren "normalen" Stimmenanteil. Den Grünen schließlich gelang es, weit mehr Stimmen zu erzielen als aufgrund der Verteilung von Parteiidentifikationen zu erwarten gewesen wäre.

Tabelle 1 belegt, daß parallel zum Koalitionswechsel der FDP auf der Wählerebene keine entsprechend dramatischen Verschiebungen in der Verteilung der Parteianhängerschaften stattgefunden haben. Nicht nur liegt das Wahlergebnis von den Erwartungswerten nur geringfügig entfernt, diese Erwartungswerte selbst unterscheiden sich allenfalls mäßig von den Normalwahlwerten 1980. Zusammen bedeutet dies, daß es sich 1983 keineswegs um eine "critical election" im Sinne Keys (1955) handelte, noch nicht einmal um eine "deviating election", bei der das Wahlergebnis gravierend von der Verteilung der Parteiidentifikation abweichen würde. Vielmehr war die letzte Bundestagswahl - wenn man das Klassifikationsschema Keys anwenden will - eine typische machterhaltende Wahl, eine "maintaining election". Eine Klassifizierung dieser Wahl als "realignment election" entspränge der Verwechslung von Geschehnissen auf der Regierungs- bzw. Koalitionsebene mit massenhaften Umorientierungen auf der Wählerebene.

3. Einstellung und Wahlverhalten

Von der globalen Normalwahlanalyse gehen wir nun über zu ihrer Anwendung auf Unterteilungen von Stichproben entlang uns interessierenden Einstellungen, deren für Parteibindungen bereinigte Effekte auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1983 wir derart ermitteln wollen. Tabelle 2 enthält die Werte der Effektkoeffizienten L und S der drei etablierten Parteien und aller übrigen Parteien zusammengenommen für eine Vielzahl derartiger Einstellungen. Beginnen wir mit Einstellungen zum politischen System.

Unzufriedenheit mit der Demokratie hat vor allem die Unionsparteien aber auch die beiden anderen "Systemparteien" Stimmen gekostet. Während von den Zufriedenen sieben Prozent mehr für die beiden großen Parteien stimmen wollten als aufgrund der Verteilung der Parteibindungen zu erwarten gewesen wäre, konnten die Grünen unter den Unzufriedenen achtmal mehr Wähler als erwartet gewinnen.

Einstellung zur Bundesregierung und zum politischen System der Bundesrepublik (mittels Fragen nach dem Schutz der Rechte der Bürger und nach Fairneß und Gerechtigkeit erhoben) scheinen der Richtung der Zusammenhänge nach Mehrfachmessungen zu sein. Die höheren L- und S-Koeffizienten der auf die Regierung bezogenen Fragen deuten darauf hin, daß die Einschätzung des Systems sekundärer Natur ist und stark von der Haltung gegenüber der Bundesregierung gefärbt wird. Die hohen Langzeitkoeffizienten für CDU/CSU und SPD belegen die starke Beeinflussung dieser Einstellungen durch die Parteibindung. Für die Grünen wird in dieser Variablengruppe ein extrem hoher absoluter (und erst recht relativer) Kurzeffekt gemessen. Im Falle der Zustimmung zu diesen vier Variablen liegt ihr beobachteter Stimmenanteil immer unter fünf Prozent, im Falle der Ablehnung hingegen reicht er von 20 bis fast 50 Prozent.

Die zweite in Tabelle 2 aufgenommene Variablengruppe beschäftigt sich mit der Art des Regierungswechsels im Herbst 1982 und der präferierten Koalition. Während die Beurteilung des Regierungswechsels im Falle der beiden großen Parteien bei stark ausgeprägten Kurzeffekten zu einem großen Teil durch die Parteibindung gefärbt war, scheint dieses Thema für die Grünen weder lang- noch kurzfristig von Bedeutung gewesen zu sein, ein Indiz für die Entfremdung dieser Wählergruppe vom System. Die wenigen mit der Art des Regierungswechsels einverstanden SPD-Anhänger haben überproportional für andere Parteien als die Sozialdemokraten gestimmt, die nicht einverstanden CDU/CSU-Anhänger verließen überdurchschnittlich häufig die Unionsparteien. Bei der FDP schließlich ist bemerkenswert, daß sie selbst bei denjenigen, die mit der Art des Regierungswechsels einverstanden waren, etwas weniger Stimmen als erwartet erhielt. Was die Beurteilung des Koalitionswechsels der Liberalen als Verrat oder Untreue angeht, so gleichen bei den drei etablierten Parteien Lang- und Kurzeffizient denen der voranstehend besprochenen Variablen. Lediglich bei den Grünen ist ein unterschiedlicher Kurzeffizient festzustellen: Während die Art des Regierungswechsels keine Rolle für ihre Wähler gespielt zu haben scheint, war die moralische Bewertung der Handlungsweise der FDP für sie durchaus von Bedeutung.

Eng mit der moralischen Beurteilung der FDP hängt der Wunsch und die Erwartung zusammen, ob sie wieder in den Bundestag einziehen sollte bzw. könnte. Die Einstellungsvariable wird bei den großen Parteien stark durch die Parteiidentifikation bestimmt. Während der Kurzeffekt bei den CDU/CSU-Anhängern zugunsten der FDP wirkt, ist er bei den Anhängern der SPD erwartungsgemäß entgegengesetzt. Die gleichen zwei Fragen, für die Grünen gestellt, haben keinerlei Kurzfristeneinfluß auf SPD-Anhänger. Dagen weisen sie für die Unionswähler einen starken Anti-Grünen-Effekt auf: Die Grünen nicht im Bundestag sehen zu wollen, steigert den Stimmenanteil der CDU/CSU beträchtlich. Zu erwarten, daß den Grünen der

Einzug in den Bundestag nicht gelingen würde, erhöht aber auch die Stimmenanzahl der FDP, ein Indiz für den Wunsch nach einer dritten Kraft im Bundestag. Erstaunen mögen die geringen Kurzfristeffekte dieser Variablen für die Grünen. Anscheinend ist für viele ihrer Wähler der Einzug in den Bundestag aus grundsätzlichen Erwägungen (die Grünen als Anti-Partei) weniger wichtig.

Im Zusammenhang mit der Koalitionspräferenz ergeben sich interessante Effekte: Falls neben den beiden großen Parteien nur die Grünen in den Bundestag gelangt wären, hätte die Union vom Wunsch nach einer Großen Koalition profitiert, bei vier Parteien im Bundestag hingegen die SPD. Wie läßt sich dieser scheinbare Gegensatz interpretieren? Im ersteren Fall scheint der Wunsch nach einer Großen Koalition vor allem der Abneigung gegen die Grünen zu entspringen, einem bei Unionswählern verbreiteten Gefühl. Im zweiten Fall entspringt der Wunsch eher der Ablehnung einer Alleinregierung der Union bzw. einer CDU/CSU-FDP-Koalition. Alles zusammengekommen übte die Koalitionspräferenz 1983 einen beträchtlichen Kurzeinfluß aus, von dem im Saldo vor allem die Unionsparteien profitieren konnten.

Die Kanzlerpräferenz ist naturgemäß stark durch die Parteiidentifikation geprägt. Gleichzeitig jedoch geht von dieser Variablen ein starker Kurzeinfluß insbesondere für die drei etablierten Parteien aus, wie ein Blick auf die Effektkoeffizienten belegt: Der Spitzenkandidat der CDU/CSU holte geringfügig mehr Stimmen für die Unionsparteien über den erwarteten Anteil hinaus als Vogel für die SPD. Allerdings hat Vogel im Gegenzug die Parteien der Koalition deutlich mehr Stimmen gekostet als Kohl der SPD, so daß im Saldo Vogel der etwas erfolgreichere Spitzenkandidat gewesen zu sein scheint.

Wir wenden uns den politischen Einstellungen im engeren Sinne zu. Die private bzw. allgemeine wirtschaftliche Lage erweist sich als nicht sehr erklärungskräftig. Der stärkste Langzeiteffekt tritt bei der erwarteten allgemeinen wirtschaftlichen Lage auf. Die Befragten scheinen hier kein eigenes Referenzsystem zur Projektion zu haben und verlassen sich auf die vertrauten Eliten: Die CDU/CSU-Anhänger erwarten eine Verbesserung, die SPD-Anhänger eine Verschlechterung der Lage. Ferner fallen hier die relativ hohen Kurzfristeffekte für die Grünen auf, die am ehesten dadurch erklärt werden können, daß es sich bei ihnen zumindest partiell um eine ökonomische Protestpartei handelt. Auch die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, sei es direkter oder indirekter Natur, erweist sich als kurzfristig wenig wirksam, so daß man, etwas überraschend, von einem eher vernachlässigbaren Einfluß dieser Faktoren auf das Wahlverhalten 1983 ausgehen muß.

Die Positions-Issues in Tabelle 2 sind erwartungsgemäß stark parteibesetzt, am stärksten die Schaffung von Arbeitsplätzen durch - oder ohne - staatliche Maßnahmen. Die Kurzeiteffekte sind am höchsten für die CDU/CSU und die Grünen, wobei bei letzteren allerdings die Arbeitsmarktpolitik am schwächsten besetzt ist. Die Gesamtdistanz der Wähler zu den perzipierten Positionen der Parteien weist ein hohes L und ein mittleres S auf. Für die Wähler der Grünen wird die Vermutung erhärtet, daß es sich um stark an Sachfragen orientierte Wähler handelt, die weniger von ihrer Parteinähe als von ihren Einstellungen zu ihrem Wahlverhalten geleitet worden sind. Erstaunlich mag aus der heutigen Perspektive scheinen, besonders für die Grünen, daß bei Raketenrüstung und Kernkraftwerken zwar normale Langzeitkoeffizienten aber recht niedrige Kurzfristkoeffizienten gemessen werden. Die Nachrüstung der NATO war für den Ausgang der Bundestagswahl nicht von großer Bedeutung.

Der letzte Variablenblock in Tabelle 2 beschäftigt sich mit den Kompetenzzuweisungen an die Parteien. Insgesamt wurde die CDU/CSU als wesentlich kompetenter

angesehen als die Sozialdemokraten. Ausnahmen waren das Verhältnis zu Osteuropa und der Einfluß der Bürger in der Politik. Beim Umweltschutz lagen die Unionsparteien und die SPD etwa gleich. Bei diesen drei Themen handelt es sich jedoch um die als weniger wichtig eingestufteten Sachfragen. Der politische Effekt von Kompetenzurteilen folgt dem bekannten Muster: Werden die Unionsparteien als kompetenter angesehen, liegt ihr Stimmenanteil über dem erwarteten Wert, wird die SPD als kompetenter eingeschätzt, fällt die CDU/CSU gegenüber dem erwarteten Wert ab und der SPD-Anteil wächst.

Vergleicht man Langfrist- und Kurzzeitkoeffizienten nicht nur absolut, sondern berücksichtigt ihren Beitrag zur Erklärung der Gesamtstreuung, dann zeigt sich, daß Wahlabsichten zugunsten der Grünen relativ am stärksten durch Kurzfristfaktoren bestimmt worden sind. Im Vergleich zu 1980 scheinen somit 1983 die Wähler der Grünen die der FDP als "rationale Wähler" im Sinne von Issueorientierung abgelöst zu haben.

4. Gemeinsame und getrennte Effekte von Kanzlerpräferenz und Kompetenzbeurteilungen

In unserer Studie zur Bundestagswahl 1980 haben wir ein Verfahren entwickelt, um S bei Konstanzhaltung einer dritten kurzfristigen Variablen zu berechnen. Auf diese Weise ist es möglich, den eigenständigen "Nettoeffekt" einer Variablen durch Ausschaltung von Scheinzusammenhängen zu bestimmen, ähnlich der partiellen Korrelation. Auch für 1983 interessiert uns besonders die Gewichtung von Persönlichkeitsfaktoren gegen Kompetenzzuweisungen. Abbildung 1 enthält die Normalwahlgrafik für die Kombination von Kanzlerpräferenz und den beiden großen Parteien zugeschriebenen Kompetenzen. Die dazugehörigen Werte des Langzeitkoeffizienten sind erwartungsgemäß extrem hoch (CDU/CSU: 33,1, SPD: 31,1), die Werte des Kurzzeitkoeffizienten S sind in der dritten Spalte von Tabelle 3 aufgeführt. Sie signalisieren hohe Multikollinearität zwischen Kanzlerpräferenz und Kompetenzzuweisungen. Die Frage lautet nun, welche dieser beiden Variablen sich auf das Abschneiden welcher Parteien stärker ausgewirkt hat.

Tabelle 3: Effekte von Kanzlerpräferenz und Kompetenzbeurteilungen bei gegenseitiger Kontrolle (S^*)

	Kanzlerpräferenz ^a	Kompetenzbeurteilungen ^a	Kombination ^b	Kontrolle der Kanzlerpräferenz	Kontrolle der Kompetenzbeurteilungen
CDU/CSU	9,3	10,1	10,3	2,2	3,5
SPD	7,6	8,4	8,6	3,1	1,6
FDP	4,5	3,7	4,5	4,2	1,4
Sonstige	1,5	5,9	5,9	2,5	3,6

a: Werte aus Tabelle 2

b: S-Werte zu Abbildung 1

Eine gewisse Vorstellung liefert die optische Inspektion von Abbildung 1. Wegen der unterschiedlichen Fallzahlen in den einzelnen Kategorien vermitteln jedoch die partiellen Effektkoeffizienten in den letzten beiden Spalten der Tabelle 3 ein besseres Bild. Sie erfassen die mittleren absoluten Abweichungen zwischen erwartetem und beobachtetem Wahlverhalten, die durch Kompetenzbeurteilungen über die Kanzlerpräferenz hinaus bzw. umgekehrt erklärt werden. Diese Werte zeigen, daß die unabhängigen Effekte der Kandidatenpräferenz auf die Wahlabsichten zugunsten der Unionsparteien und der Grünen stärker waren als die unabhängigen Effekte von Kompetenzbeurteilungen. Bundeskanzler Kohl hat relativ und isoliert gesehen mehr Stimmen zur Union gezogen als ihre überlegene Kompetenzzuschrei-

bung. Umgekehrt war die Stimmabgabe für die Grünen in höherem Umfang ein Votum für Vogel und gegen Kohl als eine Folge höherer Kompetenzwerte für seine Partei. Bei SPD und FDP verhält es sich umgekehrt, die reinen Effekte von Kompetenzurteilen sind stärker. Die SPD hat mithin nicht so sehr an Stimmen verloren, weil ihr Spitzenkandidat im Vergleich zum Kanzler so unbeliebt war, sondern weil das Vertrauen in ihre Kompetenz nachhaltig erodiert war. Wahlentscheidungen für die FDP sind, über die Wirkungen von Parteibindungen hinaus, vergleichbar zu interpretieren: Nicht so sehr der Vergleich zwischen den Kandidaten beförderte die Neigung zu dieser Partei, vielmehr der Glaube an die höhere Problemlösungskompetenz einer unionsgeführten Bundesregierung.

Dieses Ergebnis steht in klarem Gegensatz zu 1980, als die Polarisierung um die Spitzenkandidaten im Vordergrund stand und Kompetenzzuschreibungen durch die Beurteilung der Persönlichkeit des damaligen Bundeskanzlers gefärbt wurden, so daß ihr eigenständiger Effekt gering blieb. 1980 war keine Issue-lose Wahl, Sachthemen wurden jedoch durch Kandidatenpräferenzen überlagert. 1983 war das weit weniger der Fall; der neue Kandidat der SPD konnte den Verfall des Vertrauens in die Kompetenz seiner Partei nicht durch Charisma überspielen.

Literaturverzeichnis

- Boyd, R.W., 1972: Popular Control of Public Policy: A Normal Vote Analysis of the 1968 Election, in: American Political Science Review 66, S. 429 ff.
- Converse, P.E., 1966: The Concept of a Normal Vote, in: Campbell, A./ Converse, P.E./ Miller, W. E./ Stokes, D.S., Elections and the Political Order, New York, S. 9 ff.
- Falter, J.W./Rattinger, H., 1983: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse, In: Kaase, M./Klingemann, H.-D. (Hg.), Wahlen und politische Kultur, Berlin, S. ff.
- Key, V.O., 1955: A Theory of Critical Elections, in: Journal of Politics 17, S. 3 ff.

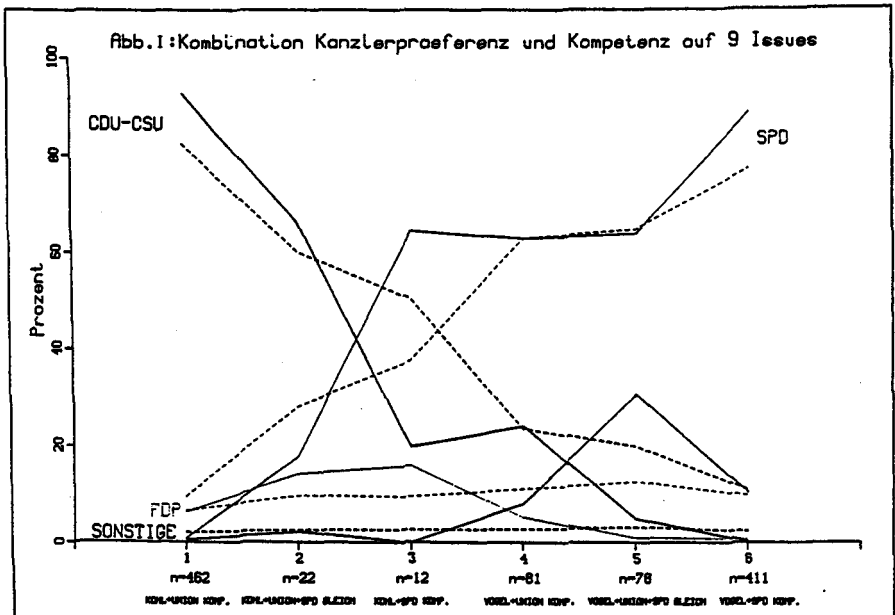


Tabelle 2 Einstellungen und Wahlverhalten

	Zahl der Kategorien	Langzeiteffekte				Kurzzeiteffekte			
		CDU/CSU	SPD	FDP	Sonst.	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonst.
1. Einstellungen zum politischen System									
Zufriedenheit mit Demokratie	2	2,8	1,5	1,0	0,2	3,2	1,7	1,4	6,5
Politisches System gerecht und fair?	4	9,7	8,5	1,1	0,2	2,6	1,9	1,7	4,4
Schützt politisches System Freiheit der Bürger?	4	9,7	8,5	1,0	0,2	2,7	1,8	1,1	5,1
Bundesregierung gerecht und fair?	4	20,3	18,8	1,4	0,2	7,5	3,2	3,2	6,2
Schützt Bundesregierung Freiheit der Bürger?	4	15,0	13,5	1,3	0,2	4,5	2,5	2,2	6,3
2. Koalitionswechsel und Koalitionsbildung									
Mit Art des Regierungswechsels einverstanden?	2	20,7	19,2	1,3	0,2	4,8	4,6	3,5	0,0
FDP: Verrat und Untreue?	2	17,4	16,9	0,6	0,0	4,4	4,3	3,5	3,5
Soll FDP wieder in den Bundestag?	2	17,6	16,5	1,0	0,1	3,9	3,0	4,1	0,2
Kommt FDP wieder in den Bundestag?	2	15,5	15,3	0,3	0,1	3,1	3,9	4,1	3,4
Sollen die Grünen in den Bundestag?	2	10,6	8,6	1,6	0,3	6,4	0,8	2,1	2,9
Kommen die Grünen in den Bundestag?	2	8,5	7,3	1,0	0,2	4,5	0,8	2,6	1,4
Gewinner der Bundestagswahl?	2	23,3	22,8	0,5	0,0	5,7	6,2	2,9	2,7
Absolute Mehrheit von CDU/CSU oder SPD gut?	3	25,6	24,9	2,7	0,7	7,2	7,0	1,8	1,1
Welche Koalition bevorzugt (vier Parteien im Bundestag)?	5	29,1	27,0	1,9	0,3	7,0	6,8	1,5	4,1
Welche Koalition bevorzugt (CDU/CSU, SPD, Grüne im Bundestag)?	3	16,7	15,0	1,4	0,3	7,5	0,7	2,1	3,7
3. Kanzlerpräferenz									
	2	32,5	30,4	1,8	0,2	9,3	7,6	4,5	1,5
4.* Wirtschaftliche Lage									
Allgemeine ökonomische Lage heute	4	1,7	1,5	0,5	0,1	0,9	1,1	0,9	2,4
Erwartete allgemeine ökonomische Lage	5	6,1	4,9	1,0	0,2	2,1	0,6	1,6	2,9
Persönliche ökonomische Lage heute	5	0,9	0,6	0,5	0,1	1,2	0,9	2,1	2,2
Erwartete persönliche ökonomische Lage	5	2,3	1,7	0,7	0,2	1,1	0,9	1,7	2,3
Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit (Index)	6	5,2	4,4	0,8	0,2	1,5	1,3	1,1	0,6
5. Andere Sachthemen (Positionen der Befragten)									
* Einsparung bei sozialer Sicherheit	7	11,9	10,6	1,4	0,3	2,7	1,9	2,3	3,4
* Einsparung Verteidigungshaushalt	7	7,2	6,2	1,1	0,2	2,3	1,1	1,9	3,5
* Nachzug Gastarbeiterfamilien	7	5,6	4,8	1,3	0,3	3,0	1,4	1,1	4,5
* Arbeitsplätze durch staatliche Maßnahmen	7	8,6	8,0	0,8	0,2	1,8	0,7	2,3	1,6
* Geringste Parteidistanz auf diesen vier Sachthemen	5	15,7	14,8	1,2	0,3	2,4	1,6	2,8	4,9
Mieterhöhung erwartet	4	8,5	7,3	1,1	0,2	2,6	1,0	1,2	3,5
Für/gegen neue Raketen	2	10,1	8,8	1,2	0,2	2,7	0,4	0,3	2,7
Für/gegen Kernkraftwerke	2	10,4	9,2	1,1	0,2	5,1	1,0	2,1	1,2
6. Kompetenzzuweisungen									
Preisstabilität	5	25,5	23,5	1,7	0,4	6,9	6,8	3,6	6,3
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	5	25,8	23,8	1,8	0,4	7,3	6,1	4,1	4,6
Ruhe und Ordnung	5	21,8	19,7	2,2	0,5	6,8	5,6	3,3	5,5
Beziehungen zu Osteuropa	5	18,8	18,1	1,0	0,1	4,8	4,6	0,4	1,5
Gutes Verhältnis zu USA	5	18,9	17,5	1,4	0,3	7,8	4,8	2,6	3,3
Umweltschutz	5	17,8	15,7	2,0	0,5	6,6	4,5	3,0	5,1
Sicherung der Renten	5	25,8	23,9	1,6	0,2	7,9	5,8	2,7	3,2
Abbau der Staatsschulden	5	23,4	22,3	1,2	0,2	7,2	5,6	3,4	4,4
Steigerung Bürgereinfluß	5	15,0	13,7	1,2	0,2	5,4	6,9	2,1	3,7
CDU/CSU oder SPD kompetenter auf obigen neun Sachthemen	3	28,6	26,9	1,5	0,2	10,1	8,4	3,7	5,9
Kernkraftwerke	4	19,7	17,8	1,7	0,3	5,3	4,7	2,7	3,9
Sozialausgaben	4	11,6	11,5	0,6	0,1	6,8	5,5	1,6	3,3
Raketen in BRD	4	12,8	13,4	1,4	0,4	5,0	4,8	1,2	4,2
Ausländerpolitik	4	16,6	15,1	1,4	0,3	5,2	4,8	2,8	2,5

Quellen: Forschungsgruppe Wahlen, Februar 1983 (n = 1197), mit * gekennzeichnete Items: Umfrage des Arnold-Bergstraesser-Instituts Freiburg, Dezember 1982 (n = 1469)